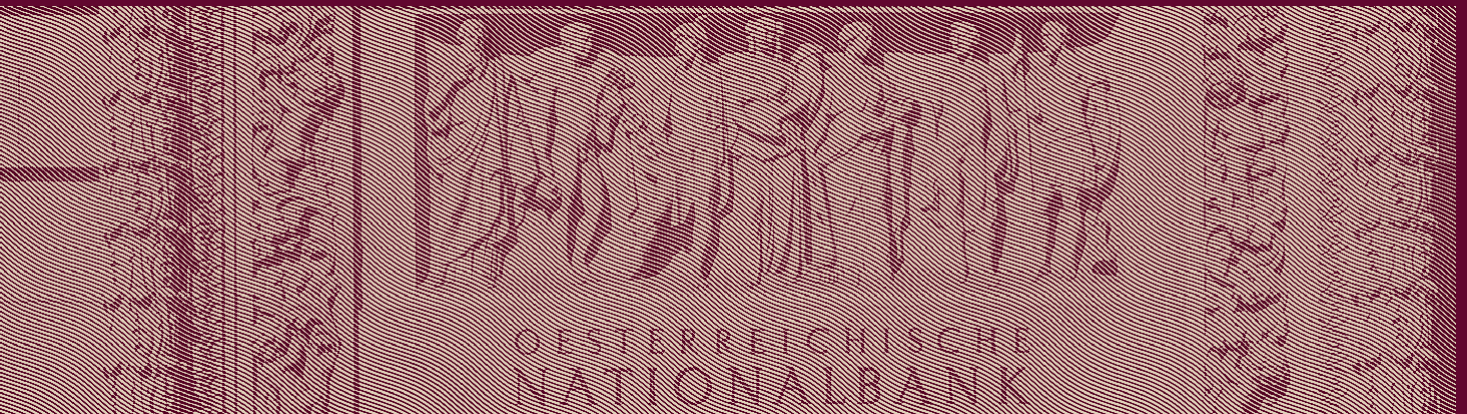


INFLATION AKTUELL

Die Inflationsanalyse der OeNB



Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

**Medieninhaberin und
Herausgeberin** Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-04-6698

Schriftleitung Gerhard Fenz

Inhaltliche Gestaltung Friedrich Fritzer, Mirjam Salish

Redaktion Joanna Czurda

© Oesterreichische Nationalbank, 2022.

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet. An ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

Überblick

Inflationsdruck auf breiter Basis: Energie, langlebige Konsumgüter und Tourismus als Hauptinflationstreiber

Auch im Frühjahr 2022 setzte sich der bereits 2021 begonnene Anstieg der österreichischen HVPI-Inflationsrate weiter fort und erreichte im Mai 2022 mit 7,7 % den höchsten Wert seit rund 40 Jahren. Laut Schnellschätzung von Statistik Austria beschleunigte sich der Preisanstieg im Juni weiter auf 8,7 %. Detaillierte Ergebnisse für Juni 2022 werden am 19. Juli 2022 veröffentlicht. Der Anstieg der Teuerungsrate von Jänner 2022 bis Mai 2022 ist in erster Linie auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen. Vor allem die Rohölnotierungen legten, aufgrund des Kriegs in der Ukraine und den damit verbundenen Sanktionen gegen Russland, in den letzten Monaten weiter zu. Knapp 40 % des Inflationsanstiegs seit Jahresbeginn sind direkt auf Energie zurückzuführen. Die steigenden Energiepreise erhöhten jedoch auch die Produktionskosten in der Landwirtschaft, in der Industrie sowie im Dienstleistungssektor vor allem bei Transport- und Tourismusdienstleistungen. Materialengpässe, Arbeitskräftemangel und eine weiterhin starke Nachfrage trugen ebenfalls zum Preisdruck bei. So lag die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation im Mai 2022 bei 4,7 %. Für den Anstieg der Kerninflationsrate waren vor allem die Preisentwicklungen bei langlebigen Konsumgütern wie Kfz und Möbeln, aber auch die Preissteigerungen im Tourismusbereich verantwortlich.

HVPI-Inflationsrate erreicht im Jahr 2022 mit 7,6 % ihren Höhepunkt

Laut aktueller Inflationsprognose der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) wird die HVPI-Inflationsrate in Österreich im Jahr 2022 auf 7,6 % ansteigen, gefolgt von Rückgängen auf 5,0 % im Jahr 2023 und 3,2 % im Jahr 2024. Gegenüber der Prognose vom März 2022 wurde die Inflationsprognose für den gesamten Prognosehorizont vor allem wegen höherer Preise für Energie- und Nahrungsmittelrohstoffe und der höheren Lohnkosten infolge der Inflationsentwicklung nach oben revidiert. Unter der Voraussetzung, dass Energieträger aufgrund des Kriegs in der Ukraine nicht rationiert werden, sollte sich die Situation auf den Energiemärkten bis Jahresende 2022 entspannen. Bei Agrarrohstoffen wird wegen des Ukraine-Kriegs eine Angebotsverknappung erwartet. Zudem verteuern die Energiepreise die Produktionskosten, weshalb die Inflationsrate für Nahrungsmittel in diesem Jahr auf 8,0 % ansteigen dürfte. Angebotsengpässe sowie die dynamische Entwicklung bei den industriellen Erzeugerpreisen sorgen bei Industriegütern ohne Energie für anhaltenden Preisdruck. In den Jahren 2023 und 2024 führen sinkende Energierohstoffpreise, Basiseffekte und das Auflösen der angebotsseitigen Verknappungen zu einem Rückgang der HVPI-Inflationsrate. Die Kerninflation erreicht 2022 4,2 % und steigt aufgrund des zunehmenden heimischen Preisdrucks im Jahr 2023 auf 4,7 % an. Erst 2024 sinkt die Kerninflationsrate auf 3,5 %, bleibt damit aber weiter deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt.

Preisdruck vonseiten vorgelagerter Produktionsstufen hält an

Die Preise für Rohöl stiegen nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine deutlich an. Im Juni 2022 belief sich der Preis von einem Barrel Brent Crude auf durchschnittlich 117 USD und war damit um 37 % höher als im Jänner 2022. Die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) beschloss im Juni 2022 eine Ausweitung der Rohölproduktion in den nächsten Monaten. Auf Produzentenebene blieb der Preisauftrieb markant, wenngleich sich die Jahreswachstumsraten zuletzt geringfügig abschwächten. Im Mai 2022 lagen die Erzeugerpreise um 27,4 % über dem Vorjahresmonat. Vor allem die Erzeugerpreise von Energieprodukten und Vorleistungsgütern verteuerten sich im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich.

Auslastung in der Konsumgüterindustrie stieg im zweiten Quartal 2022 trotz zunehmendem Material- und Arbeitskräftemangel

In der Konsumgüterindustrie stieg die Produktionsauslastung im zweiten Quartal 2022 weiter an, wofür kurzlebige Konsumgüter verantwortlich waren. Bei der Produktion langlebiger Konsumgüter hat sich die Auslastung leicht abgeschwächt, bleibt aber weiterhin überdurchschnittlich hoch. Laut WIFO-Konjunkturtest geben die Unternehmen zunehmend Material- aber auch Arbeitskräftemangel als wesentliche limitierende Faktoren für ihre Produktionstätigkeit an. Dies dürfte auch eine Folge des Ukraine-Kriegs sein.

Prognoseinstitute revidieren Inflationserwartungen nach oben

Die von der Europäischen Kommission erhobenen Inflationserwartungen der österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten für die nächsten zwölf Monate erreichten im März 2022 den höchsten Wert seit Bestehen der Europäischen Währungsunion 1999. Obwohl die HVPI-Inflationsrate zuletzt weiter anstieg, verringerten sich die kurzfristigen Inflationserwartungen seit März 2022. Die von Consensus Economics erhobenen Inflationserwartungen der Prognoseinstitute sind angestiegen und liegen derzeit bei 6,2 % für 2022 und bei 2,6 % für 2023. Diese Werte bleiben jedoch weiterhin deutlich unter jenen der aktuellen Inflationsprognose der OeNB.

Haushaltsspezifische Inflation: Hohe Inflation trifft und belastet nicht alle gleich stark

Im Kasten dieser Ausgabe von „Inflation aktuell“ werden Inflationsraten für österreichische Haushalte nach sozioökonomischen Merkmalen berechnet. Ein Vergleich der Inflationsraten zeigt, dass der Inflationsanstieg von 2020 auf 2021 nicht alle Haushalte gleichermaßen getroffen hat. Während im Jahr 2020 einkommensstärkere Haushalte eine tendenziell niedrigere Inflationsrate aufwiesen, war dies 2021 nicht mehr gegeben. Ebenso konnte für 2020 ein starkes Stadt-Land-Gefälle festgestellt werden, das sich im darauffolgenden Jahr drehte: 2021 waren Haushalte in ländlichen Gemeinden mit einer deutlich höheren Inflationsrate konfrontiert als Haushalte in städtischen Gebieten. Die Verteuerung der Energiepreise im Jahr 2021 war dafür ausschlaggebend.

Zudem konnte festgestellt werden, dass sich die Zusammenhänge zwischen der Inflation und den verschiedenen soziodemografischen Charakteristika der Haushalte von 2020 auf 2021 verändert haben. Dies dürfte vor allem auf die stark angestiegenen Energiepreise zurückzuführen sein. Zusammenhänge, die in Phasen niedriger Inflation gegolten haben, sind in der momentanen Hochinflationphase nicht mehr gegeben. Um entsprechend und zielgerecht zu entlasten, ist es wichtig, die Hauptinflationstreiber und deren Bedeutung für das Budget der einzelnen Haushaltstypen zu berücksichtigen. Wirtschaftspolitische Ausgleichsmaßnahmen sollten sich an der Belastung der Haushalte durch die Inflation orientieren. Die Inflationsbelastung ist nicht allein von der Höhe der individuellen Inflation abhängig. Beispielsweise sind Haushalte, die bei steigender Inflation ihre Konsumausgaben dank vorhandener Ersparnisse nicht einschränken müssen, weniger belastet als Haushalte mit geringerem Einkommen, die über keine oder unzureichende Ersparnisse verfügen und daher andere, billigere Produkte kaufen und/oder ihren Konsum einschränken müssen. Aggregierte Maßzahlen sind aus diesen Gründen nicht ausreichend, wenn es um Fragen der sozialen und ökonomischen Absicherung geht.

Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB

Friedrich Fritzer¹, Mirjam Salish²

Überblick	2
1 Inflationdruck auf breiter Basis: Energie, langlebige Konsumgüter und Tourismus als Hauptinflationstreiber	5
2 Inflationsrate: 2022 Anstieg auf 7,6 %, 2024 trotz Rückgang bei knapp über 3,0 % Kasten I: Unterschiedliche Inflationsbelastung der Haushalte – ein Vergleich zwischen 2020 und 2021	7 11
3 Grafikanhang: Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung	16

Redaktionsschluss: 1. Juli 2022

¹ Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, friedrich.fritzer@oenb.at.

² Oesterreichische Nationalbank, Referat Geldpolitik, mirjam.salish@oenb.at.

I Inflationssdruck auf breiter Basis: Energie, langlebige Konsumgüter und Tourismus als Hauptinflationstreiber

Die österreichische HVPI³-Inflationsrate erhöhte sich von 5,5 % im ersten Quartal 2022 auf 7,7 % im Mai 2022 und lag im Juni 2022 laut Schnellschätzung von Statistik Austria bei 8,7 %. Damit setzte sich der 2021 begonnene Inflationsanstieg auch im ersten Halbjahr 2022 ungebremst fort. Vergleichbar hohe Inflationsraten wurden in Österreich zuletzt Mitte der 1970er gemessen. Der weitere Anstieg der Teuerungsrate von Jänner 2022 bis Mai 2022⁴ ist in erster Linie auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen. Sowohl die Rohölnotierungen als auch die Großhandelspreise für Gas legten aufgrund des Kriegs in der Ukraine deutlich zu. Knapp 40 % des Inflationsanstiegs seit Jahresbeginn entfallen auf die Verbraucherpreise für Energie, in etwa 20 % auf Nahrungsmittel inklusive Alkohol und Tabak und 40 % auf die *ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation*. Diese lag im Mai 2022 bei 4,7 % und damit um 1,9 Prozentpunkte höher als im Jänner 2022. Für den Anstieg der Kerninflationsrate waren vor allem die Preisentwicklung bei langlebigen Konsumgütern wie Kraftfahrzeuge und Möbeln, aber auch Preissteigerungen im Tourismusbereich verantwortlich.

Der Anstieg der Dienstleistungspreise lag im Mai 2022 bei 4,1 % (Jänner 2022: 3,1 %) und erreichte damit den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion 1999. Sowohl bei den Beherbergungsdienstleistungen (11,8 %) als auch bei Restaurants und Cafés (6,9 %) wurden im Mai 2022 Höchstwerte verzeichnet. Besonders hoch war die Inflationsrate auch für Flugtickets, die im Mai 2022 sogar bei 57,3 % lag. Viele Dienstleistungsunternehmen dürften aufgrund einer anhaltend starken Nachfrage in der Lage sein, die Kostensteigerungen – infolge der Pandemiebekämpfung, der Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung mit Jänner 2022 sowie der gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreise – an die Konsumentinnen und Konsumenten weiterzugeben.

Die *Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie setzte ihre dynamische Entwicklung ebenfalls fort* und belief sich im Mai 2022 auf 5,4 %, was mehr als fünf Mal so hoch wie im langfristigen Durchschnitt seit 2001 (1 %) ist. Nach wie vor legten insbesondere die Preise für langlebige Konsumgüter wie Möbel und Einrichtungsgegenstände sowie Kraftfahrzeuge stark zu. Gebrauchtwagen waren im Mai 2022 um 19 % teurer als ein Jahr zuvor. Der weltweite Chipmangel und die damit einhergehenden Lieferschwierigkeiten bei Neuwagen dürften die Nachfrage nach Gebrauchtautos angekurbelt haben. Preisanstiege bei energetischen und nicht energetischen Rohstoffen sowie eine weitere Verschärfung der Angebotsengpässe aufgrund des Ukraine-Kriegs führten dazu, dass der Preisdruck auch auf den vorgelagerten Stufen aufrechtblieb. So stieg beispielsweise die Inflationsrate der Erzeugerpreise von 24,3 % im Februar 2022 auf 27,4 % im Mai 2022. Zudem gaben im zweiten Quartal 2022 laut Umfrageergebnissen der Europäischen Kommission beinahe die Hälfte der befragten österreichischen Industrieunternehmen an, dass Material- und Ausrüstungsengpässe die Produktion gehemmt hätten. Arbeitskräftemangel wurde von etwa einem Fünftel der Firmen als Produktionshürde genannt. In beiden Fällen handelt es sich um die jeweils höchsten Werte seit 1996.

Die Inflationsrate von Energie stieg von 21,3 % im Jänner 2022 auf 38,4 % im März 2022 und ging im Mai auf 36,2 % zurück. Die Energiepreise, allen voran die Rohölpreise, erfuhren seit dem

³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

⁴ Detaildaten sind nur bis Mai 2022 bekannt. Die Juni-Detailergebnisse werden von Statistik Austria am 19.7.2022 publiziert.

Beginn der russischen Invasion in die Ukraine (24. Februar 2022) einen weiteren starken Schub. Dies führte nicht nur zu sichtbaren Preissteigerungen an den Zapfsäulen, auch zahlreiche Strom- und Gasanbieter erhöhten im Frühjahr 2022 ihre Tarife. Etwas abgefedert wurde die Energiepreisinflation im Mai 2022 durch das Inkrafttreten des Energiepakets, das eine weitgehende Reduktion der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe ab Mai 2022 beinhaltet.

Die *Verbraucherpreise von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak)* stiegen im Mai 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,7 % an (Jänner 2022: 4,2 %). Seit Jahresbeginn 2022 legten vor allem die Preise für Fleisch, Brot und Getreideprodukte, Milch, Eier und Käse sowie Öle und Fette deutlich zu. Dies liegt zum einen an der kräftigen Verteuerung der agrarischen Rohstoffpreise. Der russische Angriffskrieg führte neben steigenden Energiepreisen auch zu einer deutlichen Zunahme der globalen Nahrungsmittelpreise. So lag der Preis für Nahrungsmittelrohstoffe im Juni 2022 um rund 20 % über dem Wert vom Jänner 2022. Zum anderen verteuerten die hohen Energiepreise die landwirtschaftliche Produktion aufgrund höherer Transport- und Inputkosten (z. B. für Düngemittel).

2 Inflationsrate: 2022 Anstieg auf 7,6 %, 2024 trotz Rückgang bei knapp über 3,0 %⁵

Der im Februar 2022 ausgebrochene Invasionskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Preise von energetischen und nicht energetischen Rohstoffen, darunter insbesondere Nahrungsmittelrohstoffen, weiter verteuert. Auch das Vertrauen seitens der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Unternehmen wurde geschwächt. Die ökonomischen Effekte des militärischen Konflikts hängen von dessen Dauer und den verhängten Sanktionen ab. Die aktuelle Prognose geht davon aus, dass der Krieg noch bis Ende des Jahres anhalten wird, Energieträger aber nicht rationiert werden müssen. Zudem sollten sich die weltweiten Angebotsengpässe bis Ende 2023 auflösen. Die Risiken der Inflationsprognose sind überwiegend aufwärtsgerichtet. Insbesondere eine Intensivierung des Ukraine-Kriegs sowie mögliche Einschränkungen der Energielieferungen bis hin zu einem gänzlichen Gaslieferstopp sind die größten Risikofaktoren.

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erwartet in ihrer aktuellen Inflationsprognose einen Anstieg der HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 auf 7,6 %, gefolgt von einem Rückgang auf 5,0 % im Jahr 2023 und 3,2 % im Jahr 2024 (Grafik 1 und Tabelle 2). Damit wurde die Teuerungsrate gegenüber der Prognose vom März 2022 über den gesamten Prognosehorizont nach oben revidiert: 2022 um 2,0 Prozentpunkte, 2023 um 2,2 Prozentpunkte und 2024 um 0,9 Prozentpunkte. Im Jahr 2022 führt die Beschleunigung der Rohstoffpreise von Energie und Nahrungsmitteln wie auch die Intensivierung der Angebotsengpässe aufgrund des militärischen Konflikts in der Ukraine zur Aufwärtskorrektur der Projektion. In den Jahren 2023 und 2024 sollten vor allem die zu erwartenden höheren Lohnabschlüsse zu einer Kerninflationsrate führen, die deutlich über der letzten Projektion liegt.

Der militärische Konflikt in der Ukraine hat die Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe deutlich in die Höhe getrieben, sodass 2022 und auch 2023 weit überdurchschnittliche Inflationsraten bei Nahrungsmitteln zu erwarten sind. Auch bei Industriegütern ohne Energie ist mit anhaltendem Preisdruck zu rechnen, da der Anstieg der Erzeugerpreise in der verarbeitenden Industrie ungebrochen anhält. Die Preiserhöhungen bei Dienstleistungen werden durch die steigende Nachfrage und indirekte Effekte der Energiepreisentwicklung angetrieben. Zudem werden Preissteigerungen bei Mieten die Inflationsrate im Dienstleistungssektor anheben. Der infolge des Ukraine-Kriegs erwartete Konsumrückgang wird den Inflationsdruck im Jahr 2022 bei weitem nicht ausgleichen. Die *ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation* wird 2022 auf 4,2 % ansteigen und 2023 mit 4,7 % sogar noch darüber liegen. Ausschlaggebend dafür sind die aufgrund der Inflationsentwicklung hohen Lohnabschlüsse. Erst 2024 wird die Kerninflationsrate auf 3,5 % sinken, damit aber nach wie vor deutlich über dem langfristigen Durchschnitt bleiben.⁶

⁵ Diese Prognose ist eine Aktualisierung der [OeNB-Inflationsprognose vom Juni 2022](#).

⁶ Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag in den Jahren 1999 bis 2019 bei durchschnittlich 1,7 %.

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten

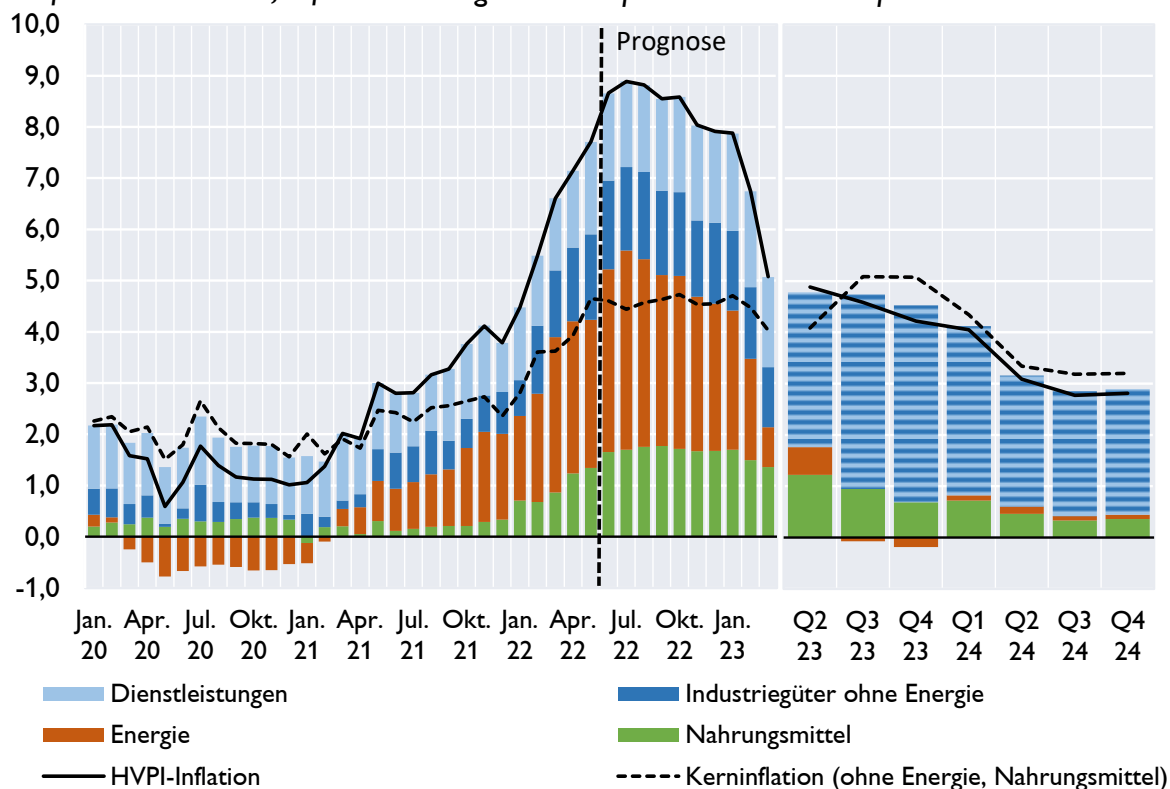


Tabelle I

Annahmen der OeNB-Inflationsprognose vom Juli 2022

	Annahmen Juli 2022				Revisionen gegenüber März 2021		
	2021	2022	2023	2024	2022	2023	2024
Energie und Wechselkurse							
	<i>in %</i>						
Erdölpreis (EUR/Barrel Brent)	60.2	99.1	94.0	84.5	3.6	14.3	12.1
Großhandelspreis Gas (EUR/MWh)	46.6	100.4	80.0	62.4	-2.4	18.7	34.8
Großhandelspreis Elektrizität (EUR/MWh)	108.6	249.9	237.5	174.0	-4.5	30.1	46.0
USD-EUR-Wechselkurs	1.2	1.1	1.0	1.0	-3.2	-4.8	-4.8
Nicht energetische Rohstoffpreise							
	<i>Index 2005 = 100</i>						
Gesamt	198.8	227.4	216.3	202.7	0.5	3.8	6.6
davon Weltmarktpreise für Nahrungsmittel	207.0	262.0	252.2	228.5	6.1	11.8	12.5
davon Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe	198.1	205.9	198.3	194.9	-4.4	-5.6	-4.2
EU-Erzeugerpreise Nahrungsmittel	126.3	178.6	183.9	178.5	13.9	17.5	17.5

Quelle: Eurosystem.

Tabelle 1 zeigt die wichtigsten externen Annahmen für die Prognose in Bezug auf Rohstoffpreise, Wechselkurse und Zinssätze. Gegenüber der Inflationsprognose vom März 2022 wurden die Nahrungsmittelpreise wie auch die Rohölpreise über den gesamten Prognosehorizont

nach oben revidiert. Die Terminnotierungen für die Elektrizitäts- und Gasgroßhandelspreise wurden für das Jahr 2022 nach unten revidiert, aber für die Jahre 2023 und 2024 deutlich höher angesetzt als in der letzten OeNB-Prognose. Der Euro-Wechselkurs ist gegenüber dem US-Dollar deutlich schwächer geworden.

2.1 Kerninflation bleibt deutlich über dem langfristigen Durchschnitt

Laut den gegenwärtigen Annahmen erreichen die Terminnotierungen für Rohöl im Juli 2022 ihren Höhepunkt. Die Terminnotierungen der Großhandelspreise für Gas und Elektrizität gehen zwar bis 2024 etwas zurück, bleiben aber deutlich über ihren langfristigen Durchschnitt. Infolgedessen wird die *Jahresinflation von Energie* für 2022 37,2 % betragen. Für die Jahre 2023 und 2024 wird mit einem Rückgang der Energiepreisinflation auf 4,9 % bzw. 1,2 % gerechnet (Tabelle 2). Fiskalpolitische Maßnahmen dürften die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 um rund –0,3 Prozentpunkte (und die Energiepreisinflation um rund –3,1 Prozentpunkte) dämpfen, 2023 und 2024 aber einen inflationssteigernden Effekt von jeweils etwa 0,3 Prozentpunkten haben (und die Energiepreisinflation um 4,1 bzw. 3,5 Prozentpunkte anheben). Die Maßnahmen umfassen die Senkung der Elektrizitäts- und Gasabgabe von Mai 2022 bis Mitte des Jahres 2023, die Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbeitrags in den Jahren 2022 und 2023 sowie die Anhebung der CO₂-Bepreisung in mehreren Stufen (Oktober 2022, Jänner 2023 und Jänner 2024).

Tabelle 2

OeNB-Inflationsprognose vom Juli 2022

	Prognose				Revisionen gegenüber März 2022		
	2021	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	<i>in Prozentpunkten</i>						
HVPI-Inflation	2,8	7,6	5,0	3,2	2,0	2,2	0,9
Nahrungsmittel insgesamt	1,1	8,0	6,2	2,7	3,5	1,5	0,4
<i>davon unverarbeitete Nahrungsmittel</i>	2,2	8,5	x	x	4,9	x	x
<i>davon verarbeitete Nahrungsmittel</i>	0,8	7,9	x	x	3,2	x	x
Industriegüter ohne Energie	1,9	4,9	x	x	1,7	x	x
Energie	10,8	37,2	4,9	1,2	8,3	4,9	–1,1
Dienstleistungen	2,5	3,8	x	x	0,4	x	x
HVPI ohne Energie	2,1	5,0	5,0	3,4	1,4	1,8	1,1
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,3	4,2	4,7	3,5	0,9	1,8	1,3

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Die Inflationsrate von *Dienstleistungen* ist seit Jahresbeginn 2022 deutlich gestiegen. In den nächsten Monaten wird mit keiner Abschwächung der Teuerung in diesem Sektor gerechnet. Die kurzfristigen Preiserwartungen der Dienstleistungsunternehmen liegen derzeit teilweise deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt. So erreichten die Preiserwartungen der Gastronomieunternehmen für die nächsten drei Monate zuletzt historische Höchstwerte. Die hohen Energiekosten dürften auch im Dienstleistungssektor zunehmend an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden. Zudem gibt die erwartete starke Nachfrage infolge der Lockerungen der Pandemiemaßnahmen den Unternehmen die Möglichkeit, Preiserhöhungen vorzunehmen. Im April 2022 erfolgte außerdem die Anhebung der Richtwert- und Kategoriemieten, was ebenfalls zur Aufwärtsentwicklung der Dienstleistungsinflation beitragen

wird. Dies dürfte die Dienstleistungsinflation um rund 0,2 Prozentpunkte sowie die HVPI-Inflationsrate um rund 0,1 Prozentpunkt anheben. Im Jahresdurchschnitt 2022 wird im Dienstleistungssektor mit einer Inflationsrate von 3,8 % gerechnet.

Auch die Inflationsrate von *Industriegütern ohne Energie* erreichte zuletzt Höchststände. Ausschlaggebend dafür waren die Preissteigerungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen sowie die hohen Energiekosten. Für 2022 wird im Industriegütersektor ohne Energie eine Jahresinflationsrate von 4,9 % erwartet. Vor allem bei langlebigen Konsumgütern wie Fahrzeugen und Möbeln wird mit einem anhaltenden Preisdruck gerechnet. Der bewaffnete Konflikt in der Ukraine verstärkt die bereits bestehenden Lieferengpässe. Unternehmen dürften aufgrund der starken Nachfrage in der Lage sein, die Kostensteigerungen schneller und in einem größeren Ausmaß an die Endverbraucherinnen und -verbraucher weiterzugeben. Zur starken Nachfrage tragen auch die während der COVID-19-Pandemie angehäuften Überschussersparnisse bei.

Bei *Nahrungsmitteln* (einschließlich Alkohol und Tabak) erwarten wir einen Anstieg der Teuerungsrate von 1,1 % im Jahr 2021 auf 8,0 % im Jahr 2022. Auch 2023 wird mit einer überdurchschnittlichen Nahrungsmittelinflationsrate von 6,2 % gerechnet. Erst 2024 sollte die Teuerung auf 2,7 % sinken. Verantwortlich für den Inflationsanstieg im Jahr 2022 und 2023 sind einerseits die Erwartungen, dass die Preise für globale Agrarrohstoffe ansteigen werden, andererseits hohe Energiekosten. Zudem haben sich Düngemittel spürbar verteuert, da die chemische Industrie besonders stark von Erzeugerpreissteigerungen und Lieferengpässen betroffen ist. Die aufgrund des Ukraine-Kriegs zu erwartenden Angebotsausfälle bei Agrarrohstoffen dürften die Erzeugerpreise für Nahrungsmittel und in der Folge auch die Verbraucherpreise weiter anheizen.

Unterschiedliche Inflationsbelastung der Haushalte – ein Vergleich zwischen 2020 und 2021⁷

Die Inflationsrate wird im Aggregat auf Basis der Konsumerhebung in Kombination mit Preiserhebungen berechnet. Bei der Berechnung des aggregierten Verbraucherpreisindex werden die haushaltsspezifischen Inflationsraten proportional zu den Ausgaben der Haushalte gewichtet, weshalb die Inflationsraten ausgabenstärkerer Haushalte in die Aggregation stärker einfließen. Tatsächlich hat jedoch jeder einzelne Haushalt einen anderen Warenkorb und ist daher auch mit einer anderen Inflationsrate konfrontiert. In diesem Kasten illustrieren wir, wie unterschiedlich die Inflationsraten in Österreich in den Jahren 2020 und 2021 je nach Haushalt ausgefallen sind. Die empirische Basis bilden die haushaltsspezifischen Warenkörbe und Inflationsraten auf Basis der Konsumerhebung 2019/2020⁸ sowie der Preisdaten 2020/2021.⁹

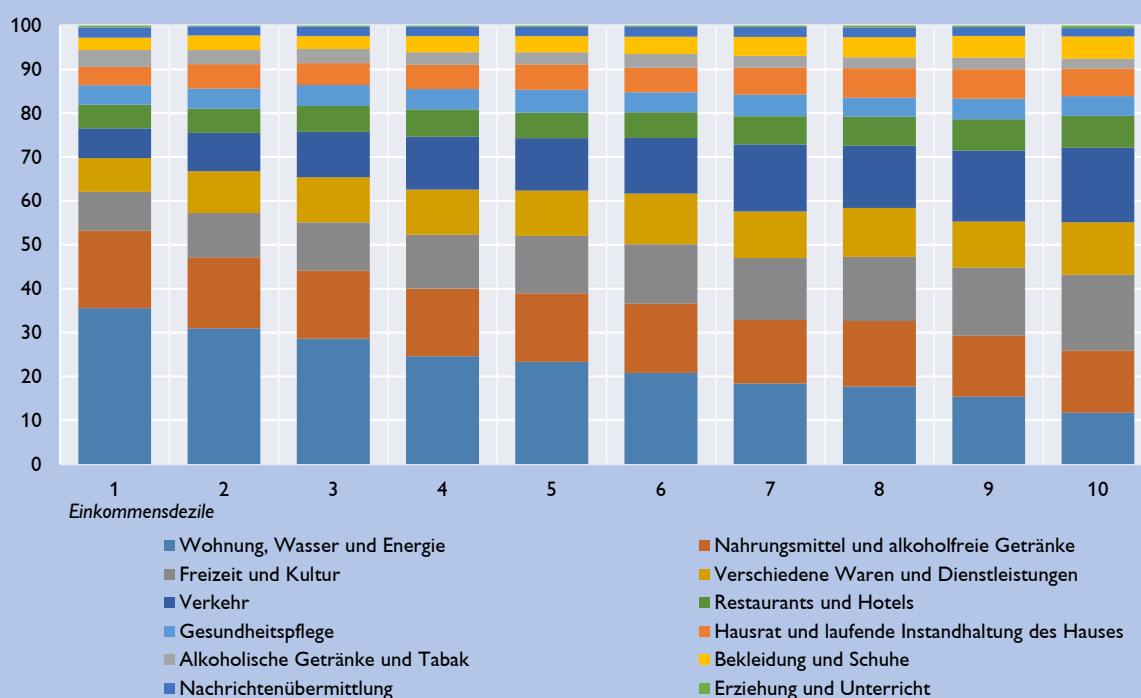
Große einkommensabhängige Unterschiede bei Ausgaben für Wohnen, Verkehr, Freizeit und Kultur sowie Nahrungsmittel

Grafik I KI zeigt die Warenkörbe der privaten Haushalte nach den Nettoeinkommensdezilen. Die Zusammensetzung der Warenkörbe in den einzelnen Einkommensdezilen unterscheidet sich stark voneinander.

Grafik I KI

Warenkörbe nach Nettohaushaltseinkommensdezilen

in Prozent



Während Wohnung, Wasser und Energie rund 35 % der Ausgaben im ersten Einkommensdezil ausmachen, geben die 10 % der einkommensstärksten Haushalte im Durchschnitt weniger als 12 % ihrer Ausgaben in dieser Kategorie aus. Im Aggregat, das zur Inflationsmessung herangezogen wird und in welches auch noch

⁷ Oesterreichische Nationalbank, Referat Forschung: pirmin.fessler@oebn.at, Referat Konjunktur: friedrich.fritzer@oebn.at und Referat Geldpolitik: mirjam.salish@oebn.at.

⁸ Zu Hintergrund und Details dieses Ansatzes siehe Fessler, P. und F. Fritzer. 2013. The Distribution of Inflation among Austrian Households. In: Monetary Policy & the Economy Q3/2013. OeNB. 12–27.

⁹ Die Konsumerhebung fand vor und während der ersten Monate der COVID-19-Pandemie statt, wodurch die verwendeten Daten beide Zeitperioden beinhalten.

andere Daten einfließen, wurde für 2020 ein Warenkorbgewicht von 14,1 % verwendet (für 2021 ein Gewicht von 15,3 %), was deutlich unter dem Ausgabenanteil der einkommensschwächeren Haushalte und ober jenem der einkommensstärkeren Haushalte liegt. Ausgaben für Verkehr hingegen sind im untersten Einkommensdezil eher gering (unter 7 %), während sie im obersten Dezil rund 17 % der Ausgaben ausmachen. Allein diese unterschiedliche Zusammensetzung auf Ebene der Einkommensdezile deutet darauf hin, dass die Inflationsraten, mit denen einzelne Haushalte konfrontiert sind, je nach Lebenssituation und damit verbundenem Ausgabenprofil sehr unterschiedlich sein können. So sind beispielsweise einkommensschwächere Haushalte überdurchschnittlich von den derzeit markanten Steigerungen bei Haushaltsenergie (Strom, Gas und Heizöl) betroffen. Die Inflationsrate für Wohnung, Wasser und Energie war 2020 noch leicht rückläufig und lag im Jahresdurchschnitt bei 2,1 %, stieg jedoch im Jahr 2021 von 2,3 % auf 5,1 % (und betrug im Jahresdurchschnitt 2021 3,2 %). Die aktuell hohen Inflationsraten bei Treibstoffen und bei Fernreisen hingegen treffen einkommensstärkere Haushalte aufgrund ihres Warenkorbs etwas stärker. Während die Inflationsrate für Verkehr im Jahr 2020 mit –1,9 % noch negativ war, lag diese 2021 im Jahresdurchschnitt bei 5,9 %.

Einkommen kann Unterschiede in der Inflationsbelastung nicht vollständig erklären

Die unterschiedlichen Inflationsraten österreichischer Haushalte sind beachtlich. Im Jahr 2020 haben 10 % der Haushalte negative Teuerungsraten aufgewiesen, was bedeutet, dass ihr Warenkorb im Jahresvergleich günstiger geworden ist. Die 10 % der Haushalte im oberen Spektrum der Inflationsverteilung wiesen hingegen im selben Jahr eine Inflationsbelastung von mehr als 2,5 % auf. 2021 stieg die Inflationsrate an, wobei die haushaltsspezifischen Inflationsraten in einer Bandbreite von unter 0,8 % für die unteren 10 % der Haushalte und über 3,6 % für die oberen 10 % der Haushalte lagen. Folglich stellt sich die Frage, worauf diese Unterschiede zurückzuführen sind. Insbesondere in Zeiten hoher Inflation, müssen die relevanten sozioökonomischen Charakteristika (Zusammensetzung des Haushalts, Wohn- und Arbeitssituation, Region, etc.) genauer identifiziert werden, um zielgerichtete Unterstützungsmaßnahmen für besonders stark betroffene Haushalte umsetzen zu können. In der vorliegenden Analyse wird ein erster Schritt in diese Richtung unternommen. In zukünftigen Analysen werden wir uns detailreicher auch mit der relativen Bedeutung der genannten sozioökonomischen Charakteristika für die Warenkörbe und die damit verbundenen Inflationsraten auseinandersetzen.¹⁰

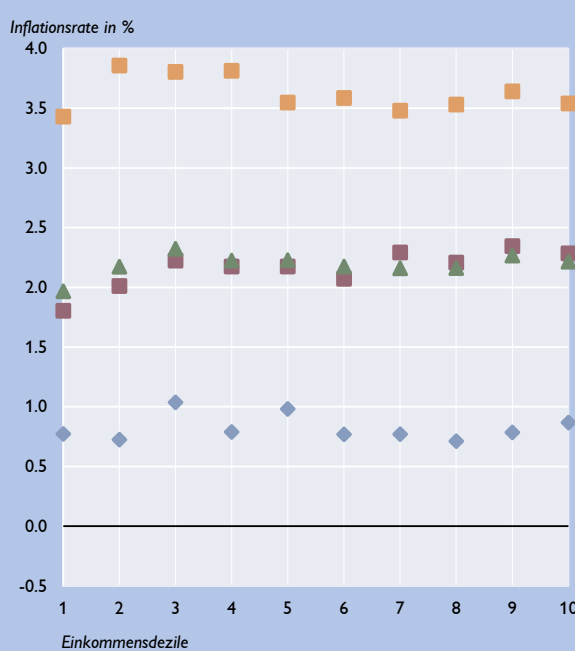
Es zeigt sich, dass eine rein einkommensseitige Betrachtung zu kurz greift. Wie Grafik 2 KI veranschaulicht, ist die Variation zwischen den Haushalten innerhalb eines Einkommensdezils deutlich größer als die Variation zwischen den verschiedenen Einkommensdezilen. Dies gilt sowohl für 2020 als auch für 2021. In der linken Abbildung von Grafik 2 KI werden das 10. Perzentil (P10), der Median, der Mittelwert und das 90. Perzentil (P90) der Inflationsverteilung für die zehn Nettoeinkommensdezile für das Jahr 2020 abgebildet. Die rechte Abbildung zeigt die entsprechenden Maßzahlen für 2021. Ein Vergleich zwischen den Jahren illustriert, dass die Variation innerhalb der Einkommensdezile in einem Jahr deutlich höher ist als Unterschiede zwischen den Jahren.

¹⁰ Eine entsprechende weiterführende Analyse der OeNB ist in Vorbereitung: Fessler, P., F. Fritzer und M. Salish. 2023 (im Erscheinen). Who pays the price when prices rise? In: Monetary Policy & the Economy Q4/22–Q1/23. Special Issue “Inflation”. OeNB.

2020: Verteilung der Inflation nach Nettoeinkommensdezilen



2021: Verteilung der Inflation nach Nettoeinkommensdezilen



Während im Jahr 2020 in allen Einkommensdezilen außer dem untersten mehr als 10 % der Haushalte mit negativen Inflationsraten konfrontiert waren, lag das 10. Perzentil der Inflationsverteilung im Jahr 2021 für alle Einkommensdezile bereits im positiven Bereich (siehe P10 – blaue Rauten). Für Haushalte im untersten Einkommensdezil ergab sich im Jahresvergleich die geringste Veränderung der Inflationsrate. Das heißt, dass im unteren Einkommensdezil die allgemeine Aufwärtsbewegung der Teuerung am schwächsten ausfiel. Im Jahr 2020 war der Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Inflationsrate und dem Einkommen negativ (Grafik 2 KI – grüne Dreiecke), was bedeutet, dass die durchschnittliche Inflation mit steigendem Einkommen abnahm. Dieser Zusammenhang galt jedoch 2021 nicht mehr. Mittelwert, Median und P90 waren 2020 im untersten Einkommensdezil am höchsten, 2021 jedoch am niedrigsten. Insgesamt verschob sich die gesamte Inflationsverteilung über alle Einkommen hinweg nach oben, aber insbesondere innerhalb der oberen Einkommensdezile. Dies führte insgesamt zu einer etwas gleicheren Verteilung der Inflation auf einem höheren Niveau. Aus der Verteilung der Inflationsraten nach dem Einkommen können aber noch keine Rückschlüsse auf die tatsächliche finanzielle Belastung der Haushalte durch die Inflationsentwicklung getroffen werden. Für Haushalte im unteren Bereich der Einkommensverteilung, die ihr gesamtes Einkommen für den Konsum verbrauchen und nicht oder kaum sparen können, sind Preissteigerungen grundsätzlich schwerer zu verkraften. Sie müssen möglicherweise auf billigere Produkte umsteigen, den Konsum bestimmter Produktgruppen einstellen oder insgesamt weniger konsumieren.

Unterschiedliche Warenkörbe in Stadt und Land momentan sehr bedeutsam

Nicht nur ökonomische Kriterien wie das Einkommen, sondern auch soziodemografische Aspekte wie zum Beispiel Wohnort, Alter, Beruf oder Haushaltsgröße erklären unterschiedliche Konsumgewohnheiten und führen in der Folge zu unterschiedlichen Inflationsraten. Eine genauere Betrachtung der Inflationsbelastung der Haushalte anhand verschiedener Merkmale zeigt, dass es starke Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt, die gerade durch die momentanen Preisveränderungen große Bedeutung erlangen. Während im Jahr 2020 Haushalte in städtischen Gebieten eine tendenziell höhere Inflationsrate aufwiesen als jene in ländlichen Gemeinden (Tabelle 1 KI), war dies im Jahr 2021 umgekehrt. 2021 waren Haushalte in kleinen Gemeinden mit Inflationsraten konfrontiert, die rund 0,7 Prozentpunkte höher waren als jene von Wiener Haushalten. Ausschlaggebend dafür dürfte vor allem die Entwicklung der Verbraucherpreise für Energie gewesen sein, die im Jahr 2021 um 11,1 % höher waren als im Jahr zuvor. Sowohl bei Haushaltsenergie als auch bei Treibstoffen

ist der Anteil der Energieausgaben an den Gesamtausgaben der Haushalte in ländlichen Gebieten wesentlich höher als in Städten.

Bei rund 1/3 der österreichischen Haushalte handelt es sich um Single-Haushalte. Diese waren im Jahr 2020 von höheren Inflationsraten betroffen als Haushalte mit mehreren Personen. 2021 waren hingegen Zweipersonenhaushalte ohne Kinder jene mit der höchsten durchschnittlichen Inflation. Im Hinblick auf die berufliche Stellung waren 2020 vor allem arbeitslose Personen mit einer vergleichsweise hohen Inflationsrate konfrontiert. Da Arbeitslose tendenziell geringere Einkommen aufweisen, deckt sich diese Beobachtung auch mit jener, dass im Jahr 2020 die durchschnittliche Inflation mit steigendem Haushaltseinkommen abgenommen hat. Im Jahr 2021 war die Inflationsrate von Haushalten, in denen der/die Hauptverdienende in der Konsumerhebung als Arbeitende/r kategorisiert war, sowohl absolut am höchsten als auch die Veränderung zu 2020 am größten.¹¹ Ähnlich verhielt es sich bei Landwirtinnen und Landwirten. Dies legt nahe, dass vorwiegend die hohen Treibstoffpreise zu der Veränderung der Inflationsbelastung beigetragen haben.

Auffallend ist auch die Änderung der Inflationsbelastung in den Jahren 2020 und 2021 je nach Eigentumsverhältnis (Mietwohnung oder Wohneigentum). Während Eigentümerinnen und Eigentümer 2020 mit der vergleichsweise niedrigsten durchschnittlichen Jahresinflation konfrontiert waren, drehte sich das Blatt 2021, und für Mieterinnen und Mieter in Gemeindewohnungen wurden niedrigere Inflationsraten verzeichnet. Dies dürfte allerdings vor allem durch die bereits genannten Unterschiede zwischen Land und Stadt zu erklären sein. Für Haushalte, die in Gemeindewohnungen lebten, blieb die Inflationsrate in beiden Jahren annähernd konstant.

Tabelle I KI

Inflationsraten nach soziodemografischen Merkmalen

	2020		2021			2020		2021	
	Bevölkerungsanteil in %	Inflationsrate in %	Bevölkerungsanteil in %	Inflationsrate in %		Bevölkerungsanteil in %	Inflationsrate in %	Bevölkerungsanteil in %	Inflationsrate in %
Gemeindegröße					Rechtsverhältnis bzgl. Wohnung/Haus				
<2.500 Einwohner	21,5	0,9	2,5	Eigentümer	53,8	0,9	2,4		
2.500 bis 9.999 Einwohner	31,4	1,0	2,4	Mieter (Gemeindewohnung)	6,1	1,7	1,8		
10.000 bis 99.000 Einwohner	15,5	1,3	2,2	Mieter (Genossenschaftswohnung)	15,7	1,6	1,9		
>100.000 Einwohner	8,0	1,6	1,9	Andere Hauptmiete	16,2	1,7	1,9		
Wien	23,6	1,8	1,8	Mietfreie Wohnung/Haus	8,3	1,1	2,2		
Haushaltsgröße					Alter				
1 Person	33,7	1,5	2,2	Bis 29	9,1	1,5	2,0		
2 Personen	36,8	1,2	2,3	30 bis 39	16,3	1,4	1,9		
3 Personen	13,1	1,1	2,2	40 bis 49	17,5	1,2	2,1		
4 Personen	12,1	1,1	2,1	50 bis 64	32,2	1,2	2,3		
5 oder mehr Personen	4,4	1,0	2,0	65 oder älter	24,9	1,3	2,4		
Berufliche Stellung					Haushaltstypen				
Arbeitslos	37,8	1,7	2,0	Alleinstehend	33,7	1,5	2,2		
Pensionist	3,9	1,3	2,3	Zweipersonenhaushalt mit Kindern	25,8	1,1	2,1		
Arbeiter	5,1	1,0	2,4	Zweipersonenhaushalt ohne Kinder	31,9	1,2	2,3		
Angestellter	0,4	1,3	2,1	Eineltermhaushalt (1 Erwachsener)	3,1	1,4	1,8		
Selbständiger	4,3	1,2	2,3	Eineltermhaushalt (mehrere Erwachsene)	2,9	1,1	2,0		
Öffentlicher Dienst	32,8	1,1	2,3	Andere	2,6	1,3	2,3		
Landwirt	3,8	1,0	2,1						

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Statistik Austria, Konsumerhebung 2019/20.

Schlussfolgerungen

Der von den nationalen Statistikämtern üblicherweise berechnete Verbraucherpreisindex (VPI) kann als gewichteter Durchschnitt der Preisindizes für einzelne Haushalte interpretiert werden, wobei jeder Haushalt mit dem Gewicht seiner Konsumausgaben in den Index eingeht. Diese Maßzahl sagt daher wenig über die tatsächliche Inflation, mit der einzelne Haushalte konfrontiert sind, aus. Dies veranschaulicht die vorliegende Analyse, die haushaltsspezifische Inflationsraten auf Basis der individuellen Haushaltswarenkörbe und der

¹¹ Dabei ist zu beachten, dass die Kategorisierung als Arbeiter/in oder Angestellte/r durch die Respondentinnen bzw. Respondenten selbst erfolgt ist.

offiziellen Verbraucherpreisindizes berechnet. Dadurch können die Heterogenität der Inflationsraten österreichischer Haushalte und ihr Zusammenhang mit einzelnen sozioökonomischen Kriterien aufgezeigt werden.

Dabei wurde festgestellt, dass die einzelnen Haushalte mit sehr unterschiedlichen Inflationsraten konfrontiert sind und die Inflationsunterschiede selbst innerhalb der Einkommensdezile sehr stark variieren. Ein Vergleich der durchschnittlichen Inflationsbelastung verschiedener Haushaltstypen in den Jahren 2020 und 2021 zeigt außerdem, dass der Inflationsanstieg im Jahresvergleich nicht alle Haushalte gleichermaßen getroffen hat. So war beispielsweise der Zusammenhang Einkommen-Inflation im Jahr 2021 nicht (wie in vielen Jahren zuvor) über alle Einkommensdezile hinweg negativ. Ebenso konnte 2020 ein starkes Stadt-Land-Gefälle festgestellt werden, das sich 2021 drehte: Die stark gestiegenen Energiepreise dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein, dass 2021 Haushalte in ländlichen Gemeinden eine um 0,7 Prozentpunkte höhere Inflationsrate aufwiesen als Wiener Haushalte, für die die Inflation im Durchschnitt annähernd konstant bei 1,8 % blieb.

Eine weitere Erkenntnis ist, dass sich die Zusammenhänge zwischen Inflation und verschiedenen soziodemografischen Charakteristika in den Jahren 2020 und 2021 verändert haben und sehr stark von den ansteigenden Energiepreisen abhängen dürften. Zusammenhänge, die in den rezenten Phasen vergleichsweise niedriger Inflation gegolten haben, sind in der momentanen Hochinflationsphase nicht mehr gegeben. Um entsprechend und zielgerecht zu entlasten, ist es wichtig, die Hauptinflationstreiber und deren Bedeutung für die Gesamtausgaben der einzelnen Haushaltstypen zu berücksichtigen. Allerdings sollte sich eine Entlastung direkt an der Belastung durch Inflation, also ihrer Leistbarkeit für die Haushalte und nicht an der Höhe der individuellen Inflation orientieren. Haushalte, die höhere Konsumausgaben durch Ersparnisse ausgleichen können, sind jedenfalls weniger belastet als Haushalte mit geringeren Einkommen, die über keine oder unzureichende Ersparnisse verfügen und daher andere, billigere Produkte kaufen und/oder ihren Konsum einschränken müssen. Ökonomisch ebenso wenig sinnvoll ist es, Haushalte zu kompensieren, die zwar wenig Einkommen, aber hohe Vermögen besitzen.

Weiters gilt es zu bedenken, dass sich Kompensationsmaßnahmen, die sich an der durchschnittlichen aggregierten Inflation orientieren, implizit auch stärker an Haushalten mit höheren absoluten Konsumausgaben ausrichten, da diese in der aggregierten Inflation ein höheres Gewicht haben. Im Falle von Warenkörben mit kleinerem Ausgabenvolumen bedürfte es deutlich größerer Preiserhöhungen, um einen Anstieg der aggregierten Inflation im selben Ausmaß zu erreichen. Aggregierte Maßzahlen sind daher nicht ausreichend, wenn es um Fragen der sozialen und ökonomischen Absicherung geht.

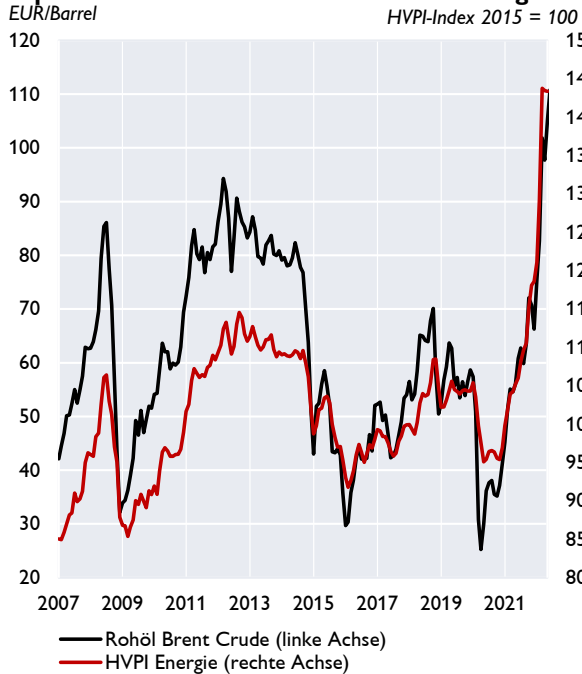
3 Grafikanhang: Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung

3.1 Rohstoffpreise seit Beginn des Ukraine-Kriegs kräftig gestiegen

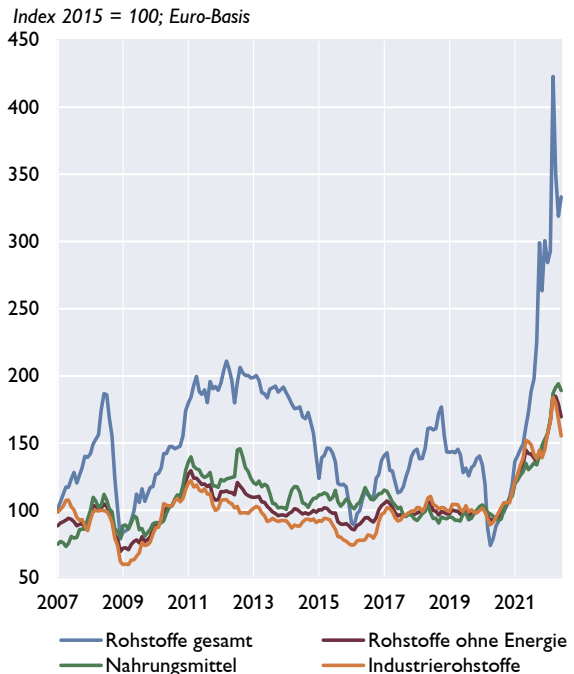
Grafik A1

Rohstoffpreise

Ölpreis und österreichischer HVPI für Energie



HWWI-Rohstoffpreisindex



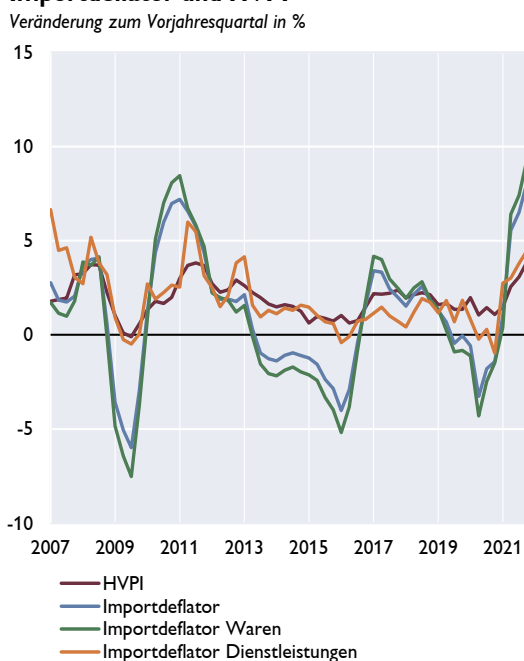
Quelle: Macrobond, Eurostat, HWWI.

3.2 Importpreise steigen weiter an bei gleichzeitiger Abwertung des Euro

Grafik A2

Importpreise und Wechselkurse

Importdeflator und HVPI



Quelle: WIFO, Statistik Austria, Macrobond.

Wechselkurse



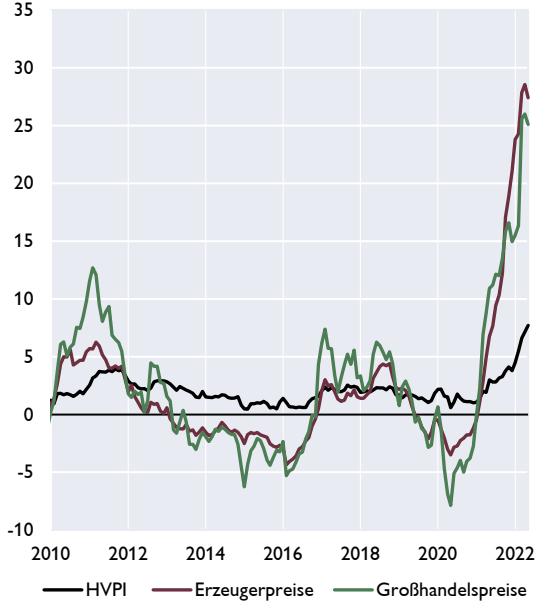
3.3 Starker Preisauftrieb auf Produzenten- und Großhandelsebene

Grafik A3

Indikatoren der vorgelagerten Preiskette

HVPI, Erzeugerpreise und Großhandelspreise

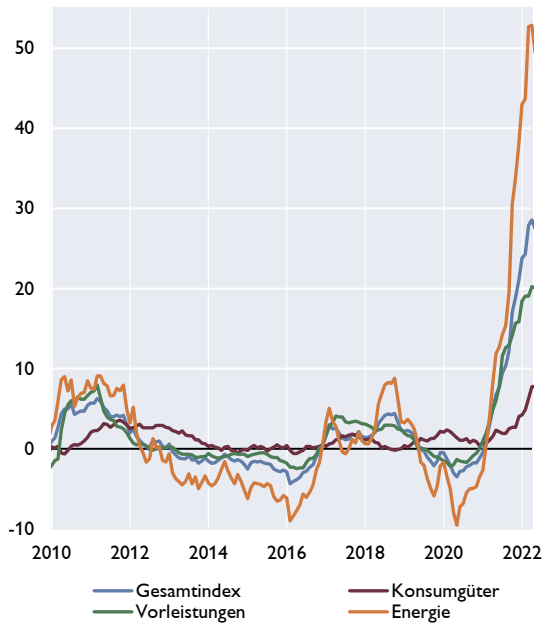
Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria.

Erzeugerpreise Inlandsmarkt

Veränderung zum Vorjahr in %



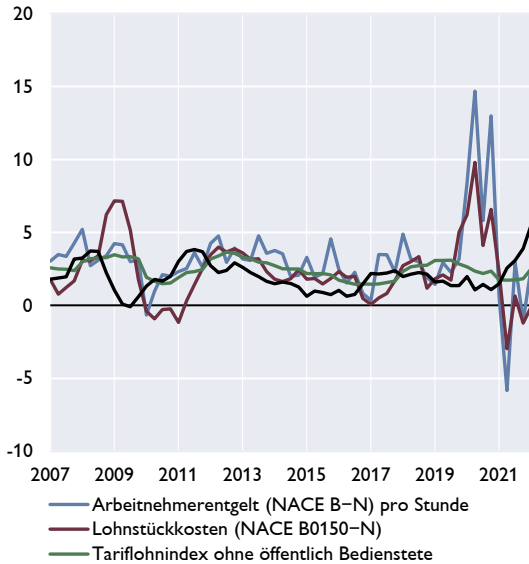
3.4 Stabile Tariflohnentwicklung signalisiert geringen Preisdruck von der Lohnseite

Grafik A4

Arbeitskostenindikatoren und Profite

Arbeitskostenindikatoren der Privatwirtschaft

Veränderung zum Vorjahresquartal in %, nominell



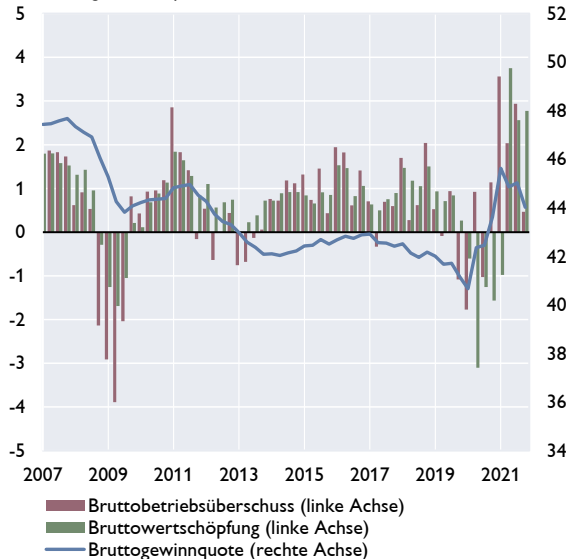
Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

¹ Bruttogewinnquote = Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung * 100

Profitentwicklung nichtfinanzieller Unternehmen

Veränderung zum Vorquartal in %

Bruttogewinnquote¹



3.5 Kapazitätsauslastung in der Industrie stagnierte zuletzt, bleibt aber hoch

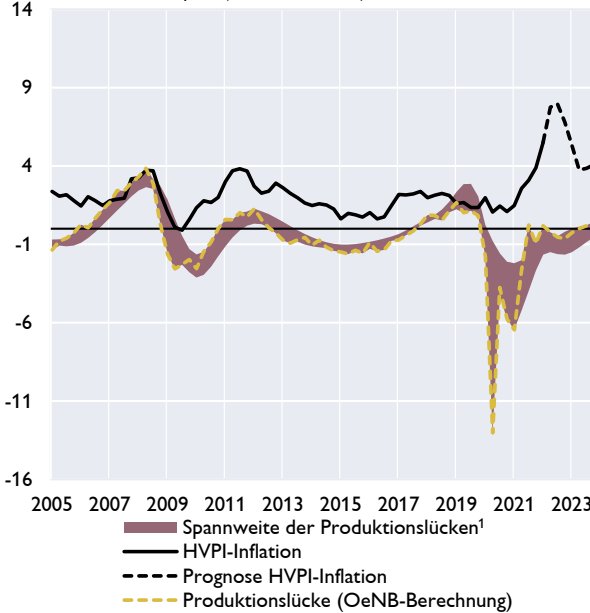
Grafik A5

Indikatoren der Produktionsauslastung

Produktionslücke und Inflation

Veränderung zum Vorjahr in % (HVPI-Inflation)
in % des Potenzial-Outputs (Produktionslücke)

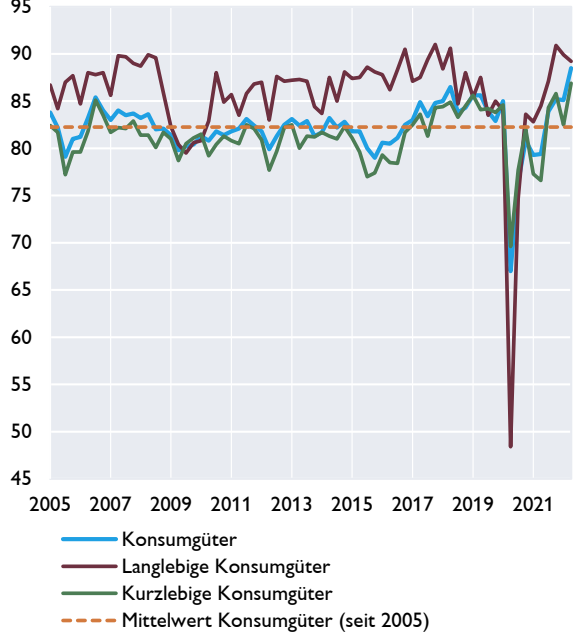
Letzter Wert: Q4 23



Kapazitätsauslastung in der Industrie

Kapazitätsauslastung in %

Letzter Wert: Q2 22



Quelle: OeNB, Eurostat, EZB (SDW), WIFO-Konjunkturtest.

¹Minimum-Maximum-Bereich der Schätzungen vom IWF, der EK und der OeNB.

3.6 Kurzfristige Inflationserwartungen weiter gestiegen

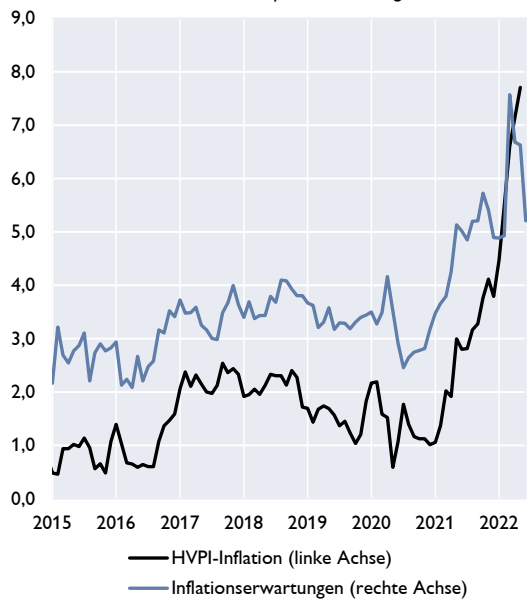
Grafik A6

Inflationserwartungen

Haushalte – EK Business and Consumer Survey

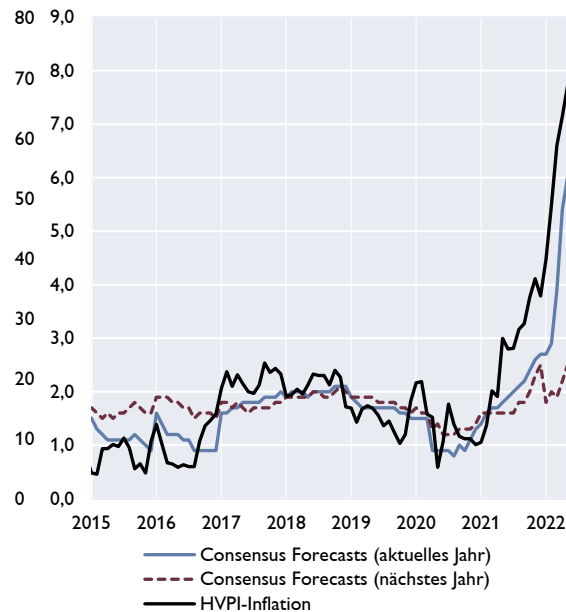
in %

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Prognoseinstitute

Veränderungen zum Vorjahr in %



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Forecasts, Statistik Austria.